

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU/CSU

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1999
– Drucksachen 14/300, 14/760, 14/601 bis 14/622, 14/623, 14/624 –

hier: Einzelplan 04
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest,

der Aufbau Ost muß gesichert werden.

1. Die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe Ost „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ im Haushalt des Bundesministers für Wirtschaft für 1999 sollen im Vergleich zu den Soll-Zahlen des Jahres 1998 um 362 Mio. DM und im Vergleich zu den Ist-Zahlen 1998 um 224 Mio. DM reduziert werden.
2. Die 1997 eingeführten Strukturanpassungsmaßnahmen im Einzelplan des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung haben sich in der Vergangenheit außerordentlich bewährt. Die Nachfrage nach diesem Instrument wird den Haushaltsansatz für 1999 von insgesamt 2 Mrd. DM weit übersteigen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

klare Prioritäten im Aufbau Ost zugunsten neuer Investitionen und neuer Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt zu setzen und hierzu die Ansätze für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ auf 2,8 Mrd. DM und die Ansätze für Strukturanpassungsmaßnahmen auf 2,2 Mrd. DM anzuheben.

Bonn, den 3. Mai 1999

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Begründung

Die im Vergleich zum Vorjahr beabsichtigte Kürzung der Gemeinschaftsaufgabe Ost setzt ein fatales Signal an die Investitionsbereitschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den neuen Ländern. Die Bundesregierung versucht mit diesem Ansatz den Einstieg in eine degressive Planung künftiger Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe. Sie vernachlässigt damit den investiven Bereich im Bundeshaushalt, um auf der anderen Seite Maßnahmen ohne ausreichende Auswirkung auf den ersten Arbeitsmarkt wie z. B. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch einen mit 11 Mrd. DM wesentlich zu hohen Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit zu unterstützen.

Die Bundesregierung setzt auch an anderer Stelle im Einzelplan des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung die falschen Akzente. Die im Rahmen der Strukturanpassungsmaßnahmen mögliche Zahlung von Eingliederungszuschüssen an Wirtschaftsunternehmen Ost tragen dazu bei, eine Brücke aus der Arbeitslosigkeit in den ersten Arbeitsmarkt zu schlagen. Die Bundesregierung versäumt es jedoch, mit den Haushaltsansätzen für 1999 der hohen Nachfrage, die der Arbeitsverwaltung vorliegt, zu entsprechen. Statt dessen fördert sie mit einem Bundeszuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit vor allem Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf dem zweiten Arbeitsmarkt, die jedoch nicht in ausreichendem Maße dazu beitragen können, Arbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Bundesregierung trägt im Gegenteil dazu bei, durch einen Verdrängungswettbewerb Dauerarbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt zu gefährden.